

EDEKA – Informationen für politische Entscheider

2018

Steuern und Bürokratie:
Mittelständische
Wirtschaft stärken



STEUERN:

Hohe Staatseinnahmen infolge starken Wirtschaftswachstums

// Seite 2

STEUERLAST:

Notwendigkeit eines modernen Steuerrechts

// Seite 3

BÜROKRATIE:

Hoher Aufwand für mittelständische Kaufleute

// Seite 4

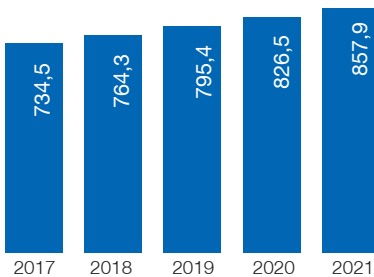


Finanzlage in Deutschland

Wie wir zur positiven Steuerentwicklung beitragen

Schätzung der Steuereinnahmen in Deutschland

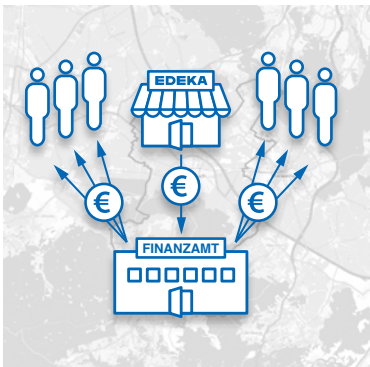
(in Milliarden Euro)



Quelle: Arbeitskreis „Steuerschätzungen“

Steuern an die Gemeinde

Die selbstständigen EDEKA-Kaufleute führen umfangreich Steuern an ihre Gemeinden ab. Die Kommunen erhalten dadurch mehr Mittel für Investitionen – zum Vorteil der Menschen vor Ort.



Der anhaltende Aufschwung und der robuste Arbeitsmarkt in Deutschland treiben die Steuereinnahmen weiter in die Höhe. Dank eines hohen Beschäftigungsstands und steigender Löhne profitieren die öffentlichen Kassen insbesondere vom gestiegenen Lohnsteueraufkommen. Das Gefühl sicherer Arbeitsplätze und steigende Einkommenserwartungen treiben zudem den privaten Konsum an, was dem Staat wachsende Einnahmen aus der Umsatzsteuer beschert. Bund, Länder und Gemeinden verbuchten 2017 ein Aufkommen von gut 734,5 Milliarden Euro. Das waren 4,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch für die kommenden Jahre werden dank der prognostizierten positiven wirtschaftlichen Entwicklung volle Kassen vorausgesagt. So werden die deutschen Finanzbehörden 2021 voraussichtlich mehr als 857 Milliarden Euro einnehmen.

Steuerbeitrag der EDEKA-Kaufleute

Zu dem hohen Steueraufkommen trägt EDEKA maßgeblich bei. So hat allein die EDEKA-Zentrale 2017 rund 114 Millionen Euro Steuern an die Finanzbehörden überwiesen.

Im Gegensatz zu Filialbetrieben, bei denen die Verluste einer Filiale mit den Gewinnen einer anderen verrechnet werden können, entrichtet der mittelständische EDEKA-Kaufmann seinen Steuerbeitrag, im Wesentlichen Einkommen- und Gewerbesteuer, direkt am Marktstandort oder (bei mehreren Märkten pro Kaufmann) an den lokalen Betriebsstätten. So stärken EDEKA-Unternehmer ihre Gemeinden unmittelbar und ermöglichen notwendige Investitionen auf kommunaler Ebene. Mehr noch: Der gesamte EDEKA-Verbund zahlt seine Steuern dort, wo sie anfallen, und nicht – wie viele Konzerne – an einem Zentralsitz oder gar in Steuerparadiesen im Ausland.

Internet-Versandhändler wickeln einen Großteil ihres Umsatzes mit deutschen Kunden über ausländische Gesellschaften ab und zahlen deswegen hierzulande kaum Steuern. Laut EU-Finanzministern entgehen den Mitgliedstaaten innerhalb der EU durch solche Praktiken Schätzungen zufolge pro Jahr 50 bis 70 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Um faire Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure im Handel zu schaffen, ist in Zeiten global agierender Akteure eine faire Lastenverteilung in Bezug auf Steuern und Löhne umso zwingender.

Es ist erfreulich, dass Deutschland mittlerweile einen ausgeglichenen Gesamthaushalt (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) vorweisen kann. Der finanzpolitische Weg der Konsolidierung muss unbedingt fortgesetzt werden. Daneben müssen notwendige Entlastungen für den Mittelstand ebenso dringend angegangen werden. Hierzu gehört neben steuerrechtlichen Vereinfachungen insbesondere auch die Reduzierung bürokratischer Hemmnisse.

EDEKA – Deutschlands erfolgreichste Unternehmer-Initiative

Das Profil des mittelständisch und genossenschaftlich geprägten EDEKA-Verbunds basiert auf dem erfolgreichen Zusammenspiel dreier Stufen: Bundesweit verleihen rund 3.800 selbstständige Kaufleute EDEKA ein Gesicht. Sie übernehmen auf Einzelhandelsebene die Rolle des Nahversorgers, der für Lebensmittelqualität und Genuss steht. Unterstützt werden sie von sieben regionalen Großhandelsbetrieben, die täglich frische Ware in die EDEKA-Märkte liefern und darüber hinaus von Vertriebs- bis zu Expansionsthemen an ihrer Seite stehen. Die Koordination der EDEKA-Strategie erfolgt in der Hamburger EDEKA-Zentrale. Sie steuert das nationale Warengeschäft ebenso wie die erfolgreiche Kampagne „Wir ♥ Lebensmittel“. Von hier erfolgen die Impulse zur Realisierung verbundübergreifender Ziele wie beispielsweise dem Schaffen durchgängiger IT-Strukturen oder zur Entwicklung zeitgemäßer Personalentwicklungs- und Qualifizierungskonzepte für den Einzelhandel. Mit dem Tochterunternehmen Netto Marken-Discount setzt sie darüber hinaus erfolgreiche Akzente im Discountgeschäft und rundet so das breite Leistungsspektrum des Unternehmensverbunds ab. EDEKA erzielte 2017 mit rund 11.430 Märkten und 369.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Umsatz von 51,9 Milliarden Euro. Mit rund 17.150 Auszubildenden ist EDEKA einer der führenden Ausbilder in Deutschland.



Steuerlast für Unternehmer und Verbraucher

Wie Bürger und Kaufleute effektiv gestärkt werden können

Die Steuerfinanzierung staatlicher Aufgaben ist fester Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Diesem Grundsatz soll jeder Arbeitnehmer und Arbeitgeber folgen. Jedoch ist hier das richtige Maß entscheidend. Die Steuerlast in Deutschland ist im internationalen Vergleich immer noch hoch. So wird ein unverheirateter Angestellter ohne Kind und mit durchschnittlichem Verdienst mit 49,4 Prozent (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) belastet¹. Wichtig ist, dass das deutsche Steuersystem gerecht gestaltet ist und Leistungsträger nicht unverhältnismäßig herangezogen werden.

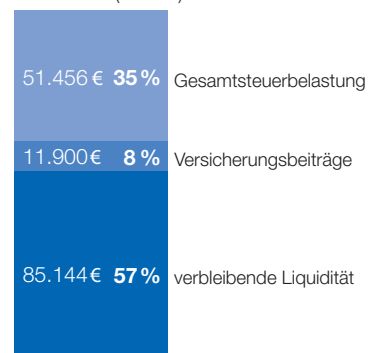
Für die selbstständigen EDEKA-Kaufleute stellen insbesondere Gewerbe-, Einkommen- und Kirchensteuer sowie der Solidaritätszuschlag eine nicht unerhebliche Belastung dar. So ergibt sich für einen durchschnittlichen Markt (bis 1.000 m²) bei einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 148.500 Euro eine Gesamtsteuerbelastung (inklusive Sozialversicherungsbeiträgen) von 63.356 Euro oder 43 Prozent. Die hohen Belastungen durch Steuern und Sozialbeiträge hemmen den Konsum und beeinträchtigen das Wachstum im Einzelhandel, schmälern also dessen Möglichkeiten für Investitionen in neue Märkte und somit in Beschäftigung.

Der Kaufmann zahlt nicht nur eigene Steuern, er ist auch direkt davon betroffen, welcher finanziellen Belastung seine Kunden ausgesetzt sind. Deren verfügbares Einkommen stellt die Grundlage für den Konsum dar und bestimmt mögliche Ausgaben für Lebensmittel. Das deutsche Steuerrecht durchbricht in vielen Fällen das Nettoprinzip, die Besteuerung von Kosten wird stetig ausgebaut. Steuern sollten Steuerpflichtige aber nur auf das zahlen, was nach Saldierung von Ertrag und Aufwand netto verbleibt. Nur wer nach einer bestimmten Periode netto mehr hat als zu Beginn, dessen Leistungsfähigkeit ist auch gestiegen. Das ist der Kern der Besteuerung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip, auf dem das Einkommensteuerrecht beruht.

Steuerliche Belastung der Kaufleute

Durchschnittlicher Markt (1.000 m²),
Hebesatz Gewerbesteuer = 470 %

Ergebnis vor Steuern
148.500 € (100 %)



¹ „Taxing Wages“
Studie der OECD, Stand 2017

Notwendigkeit eines modernen Steuerrechts

Ein besonders problematischer Aspekt, der leistungsorientierte Arbeitnehmer im Rahmen von Lohnerhöhungen trifft, ist die sogenannte „kalte Progression“. Dabei werden Lohn- oder Gehaltssteigerungen durch das Aufrücken des Einkommensbeziehers in den nächsthöheren Steuertarif wieder aufgezehrt. Der Einkommenszuwachs verbleibt beim Fiskus, anstatt in die Portemonnaies der Bürger zu fließen – eine Ungerechtigkeit, die dringend behoben werden muss. Die „kalte Progression“ und die damit verbundenen heimlichen Steuererhöhungen bei der Einkommensteuer sollten daher abgebaut werden. Auf diese Weise könnten gerade die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen entlastet werden. Dadurch ließe sich die Binnen- nachfrage steigern.

Eine zielgerichtete Reform der Einkommensteuer ist daher die dringlichste steuerpolitische Aufgabe in der laufenden Legislaturperiode. EDEKA plädiert für eine schrittweise Anpassung des Einkommensteuertarifs, um Mehrbelastungen infolge der „kalte Progression“ zu minimieren und der Steuerungerechtigkeit entgegenzuwirken. Auf eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, wie von einigen politischen Parteien immer wieder gefordert, sollte verzichtet werden. Der Anteil der Bezieher hoher Einkommen am Gesamtsteueraufkommen ist schon heute überproportional hoch. Vielmehr sollten Schritte zu einer nachhaltigen Entflechtung und damit Vereinfachung des Steuersystems in die Wege geleitet werden. Dies hat die Bundesregierung in ihrem aktuellen Jahreswirtschaftsbericht 2018 treffend zum Ausdruck gebracht: „Das Steuersystem muss den Anforderungen einer modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt gerecht werden. Es muss attraktive, wettbewerbsfähige und faire Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen der Unternehmen in Deutschland bieten. Nur so können Arbeitsplätze und Wohlstand erhalten und weiter ausgebaut werden.“

Bürokratischer Aufwand – zusätzliche Abgaben

Bürokratische Hürden

(Auswahl)

EDEKA-Kaufleute sehen sich mit einer Vielzahl bürokratischer Hürden konfrontiert, die hohe finanzielle und personelle Ressourcen erfordern:

- Umfangreiche Abgabe-, Melde- und Aufzeichnungspflichten, beispielsweise das tägliche Führen eines Kassenbuchs
- Nicht einheitliche Vorgaben der Finanzverwaltung zur Archivierung, die zu Konflikten bei Betriebsprüfungen führen können
- Erfüllung organisatorischer und technischer Voraussetzungen aufgrund der zunehmenden Digitalisierung steuerlicher Vorschriften (eGovernment, eArchivierung von Kassenunterlagen)
- Laufende Änderungen am bestehenden Steuerrecht und daraus resultierende erforderliche Umsetzungen (z. B. umsatzsteuerliche Prüfung von Ein- und Ausgangsrechnungen, Führen eines sehr detaillierten Fahrtenbuchs)
- Umfassende Verpflichtung zur Erteilung von Auskünften und Mitwirkung bei steuerlichen Betriebsprüfungen

Wie Bürokratie das Wirtschaften hemmt

Neben den vielfältigen steuerlichen Belastungen – beispielsweise Melde- und Aufzeichnungspflichten – hemmt vielfach die Bürokratie selbstständige Kaufleute in ihrem Wirtschaften. Bürokratische Belastungen, wie beispielsweise die Dokumentationspflichten in Verbindung mit dem Mindestlohn, binden in erheblichem Umfang Personal- und Zeitressourcen der Unternehmer, behindern deren wirtschaftliche Dynamik und gefährden letztlich den unternehmerischen Erfolg und somit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Insbesondere der personalintensive Mittelstand im selbstständigen Lebensmittel-Einzelhandel hat hierzulande mit unvorteilhaften Rahmenbedingungen zu kämpfen, da für die Erfüllung bürokratischer Anforderungen in der Regel weniger Personal zur Verfügung steht als beispielsweise bei Großkonzernen mit eigenen Fachabteilungen.

Solch ein Übermaß an Bürokratie kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld. So erhöhte sich der jährliche Erfüllungsaufwand – der durch neue gesetzliche Regelungen verursachte Kostenaufwand – im Berichtszeitraum zwischen 2016 und 2017 um 2,1 Milliarden Euro. Das ist fast das Dreifache des vorangegangenen Berichtszeitraums 2015/2016 (724 Millionen Euro). Der größte Anteil entfällt dabei auf die Wirtschaft. Laut Statistischem Bundesamt sind die einzelnen Wirtschaftszweige von den Informationspflichten unterschiedlich betroffen. Mit am stärksten betroffen sind unter anderem Handelsunternehmen. Ärgerlich ist in diesem Zusammenhang, dass Bestrebungen seitens der Politik zur Reduzierung bürokratischer Hindernisse oftmals durch den Aufbau neuer Vorschriften konterkariert werden. Der genannte Anstieg in Höhe von rund 2 Milliarden Euro zwischen 2016 und 2017 wurde zu fast der Hälfte (rund 1 Milliarde Euro) durch die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro/Stunde auf 8,84 Euro/Stunde hervorgerufen. Zwar wurde die Entscheidung, den Mindestlohn im Rhythmus von zwei Jahren zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen, schon mit dem Mindestlohngesetz von 2014 getroffen, ihre tatsächliche Auswirkung fällt jedoch in den Berichtszeitraum.

Bei künftigen Gesetzesvorhaben, insbesondere im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktgesetzgebung, sollte daher verstärkt auf den bürokratischen Erfüllungsaufwand geachtet werden. Eine langfristige Reduzierung der Bürokratie bleibt eine der Hauptaufgaben für die Politik. Die Ankündigungen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sind ebenso zu begrüßen wie die Initiierung eines Bürokratienteilungsgesetzes III, von dem sich auch der Handel eine spürbare bürokratische Entlastung verspricht.

Politische Impulse notwendig

EDEKA schlägt vor, den Einkommensteuertarif in regelmäßigen Abständen der Preisentwicklung anzupassen, um auf diese Weise Mehrbelastungen – insbesondere für private Haushalte – zu minimieren.

Das Steuersystem hat eine Komplexität erreicht, die seine Beherrschung teuer

und manchmal unmöglich macht. EDEKA unterstützt daher die Bundesregierung in ihrem Bestreben nach einer Vereinfachung des Steuersystems.

Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands darf nicht gefährdet und der Binnenkonsum muss weiter angekurbelt werden. Die Bürokratielast für Unterneh-

men und Bürger in Deutschland muss nachhaltig und spürbar gesenkt werden. Gleichzeitig dürfen im Rahmen künftiger Gesetzesvorhaben, etwa im Arbeits- und Energiesektor, keine weiteren bürokratischen Hürden aufgebaut werden.

Wir freuen uns auf den weiteren Austausch mit Ihnen!

Wenden Sie sich an unser Public Affairs-Team:

Philipp Hennerkes (Leitung) · philipp.hennerkes@edeka.de · Telefon 040 / 6377-2282

David Volkert · david.volkert@edeka.de · Telefon 040 / 6377-2072

